

26. Oktober 2023

## Einbringung des Haushaltes für das Jahr 2024

Rede von Bürgermeister Ulrich Knickrehm

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Rates,

wenn unsere Kämmerin, Frau Gansen, in wenigen Minuten ihren Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 vorlegt, dann geschieht dies unter besonderen besorgniserregenden Vorzeichen. 102 Kommunen in NRW, das sind 4 von zehn Kommunen, droht im Jahr 2024 die Haushaltssicherung, wie der Städte- und Gemeindebund NRW in einer jüngsten Umfrage erhoben hat. Die Finanzlage der Kommunen hat sich, wie der Städte- und Gemeindebund betont, innerhalb weniger Monate dramatisch verschlechtert. Die aktuelle Entwicklung rund um die Aufstellung der Haushaltspläne zeigt, dass diese finanzielle Situation der Kommunen auch in unserem Kreis Kleve dramatisch ist. Alle Kommunen des Kreises rechnen im kommenden Haushaltsjahr 2024 mit Millionendefiziten.

Den Kommunen fehlt es – auch unabhängig von den strukturellen Unterschieden – an einer soliden Finanzausstattung durch das dafür zuständige Land Nordrhein-Westfalen. Das Land gibt den Kommunen seit Jahren nicht die Mittel, die sie brauchen und erst recht nicht die, die sie zur Bewältigung der in immer kürzerer Folge hereinbrechenden Krisen benötigen würde. Der Bund wiederum weist uns immer neue Aufgaben zu, ohne dafür einen finanziellen Ausgleich zu schaffen. Die Häufung der Krisensituationen in den letzten Jahren und die Übertragung immer neuer Aufgaben stellen uns vor Herausforderungen, die nur mit erheblichen finanziellen und personellen Ressourcen zu meistern waren und in Zukunft nur mit einer dauerhaften und verlässlichen zusätzlichen Finanzausstattung durch das Land aufrechterhalten werden können. Beispielhaft zu nennen sind dabei:

- Ausbau für die Betreuung von Kindern mit zusätzlichen Kindergartenplätzen (Rechtsanspruch)
- Ausbau der Offenen Ganztagsgrundschulen (kommender Rechtsanspruch)
- steigende Ausgaben im Sozialbereich aufgrund der wirtschaftlichen Situation
- steigende Aufwendungen im Bereich der Jugendhilfe im Nachgang der Pandemie
- Wohngeldreform und hierdurch gestiegene Personalaufwendungen
- Schaffung von Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen

- Aufnahme, Unterbringung und Integration von geflüchteten Menschen
- Investitionen in z.T. veraltete kommunale Infrastruktur aufgrund jahrelanger unterlassener Erhaltungsmaßnahmen
- finanzielle wie personelle Herausforderungen durch Klimaschutz, Wärmewende und Klimaanpassung sowie Verkehrswende
- akute und vorbeugende Investitionen in Krisen wie Hochwasser, Dürre, Cyber-Attacken
- erhebliche Anforderungen an den Brandschutz an Bestands- und Neubauten sowie in die Ausrüstung der Feuerwehren
- Sicherheitsbedürfnisse und Rückverlagerung von Aufgaben auf die kommunalen Ordnungsämter – Einrichtung eines kommunalen Ordnungsdienstes

Konsolidierungsmöglichkeiten in den eigenen Haushalten i.S. von Ausgabenreduzierungen durch bspw. Leistungskürzungen, Einsparungen bei den Personalkosten, Verzicht auf notwendige Investitionen und Sanierungen der kommunalen Infrastruktur sind in den vergangenen Jahren nahezu ausgereizt. Die Herstellung eines dauerhaften strukturellen Haushaltsausgleichs ist nur noch mit der Erhöhung von Einnahmen möglich (Beiträge, Gebühren und Steuern). Nur mit echten liquiden Mitteln können die notwendigen Ausgaben für das operative Geschäft, die Investitionstätigkeit und den laufenden und künftigen Schuldendienst finanziert werden. Nur so bleiben die Kommunen im Land handlungs- und leistungsfähig, um ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Verantwortung nachkommen zu können, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu organisieren, für Chancengleichheit und Teilhabe zu sorgen und Demokratie auf lokaler Ebene funktionierend zu leben.

Als unabdingbar sehe ich folgende grundsätzliche Veränderungen an:

- Deutliche Aufstockung der Verteilungsmasse des GFG mit dem Ziel, die Grund-Finanzausstattung der Kommunen durch das Land so auszugestalten, dass die Kommunen ihren Aufgaben der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger in adäquater Form dauerhaft nachkommen können.
- Die Anzahl der speziellen Förderprogramme sollte zugunsten der Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschale reduziert werden. Den Kommunen ist es aufgrund der fehlenden personellen Kapazitäten nicht möglich, den hohen bürokratischen und inhaltlichen Anforderungen gerecht zu werden. Gleichzeitig wissen kommunale Räte am besten, welche Projekte in ihren Kommunen notwendig und wie Mittel sinnvoll verteilt werden können.

- Die Einhaltung des Konnexitätsprinzips (Art. 78 Abs. 3 LVerf NRW), welches bestimmt, dass bei Übernahme von Aufgaben durch die Kommunen diese entsprechend finanziell auszustatten sind, sollte strikt respektiert werden
- Eine faire Verteilung der durch die zahlreichen Krisen und globalen Herausforderungen entstandenen Lasten auf die Gebietskörperschaften bzw. die verschiedenen staatlichen Ebenen. Es ist demokratieschädlich, wenn die Überbringung der unangenehmen Botschaften (hier Leistungskürzung und Steuer-/Gebührenerhöhungen) einseitig auf die Schultern der kommunalen Entscheidungsträger abgeladen wird.

Angesichts der Vielzahl der von Millionendefiziten betroffenen Kommunen in NRW bin ich sicher, dass die Landesregierung nicht länger tatenlos bleiben wird. Indes: Appelle helfen unserem heute einzubringenden Haushalt nicht weiter. Wir wissen aber in Goch auch: Gegen die durch fremdbestimmte Entscheidungen verursachte Mehrausgaben in Millionenhöhe können wir nicht ansparen. Wir setzen deshalb die in den letzten Jahren angesparten Rücklagen zielgerichtet ein, um auch in den kommenden Jahren handlungsfähig zu bleiben. Wir nutzen nur solche Maßnahmen zur Einnahmeverbesserung, die vertretbar und den Bürgerinnen und Bürgern zumutbar sind, und wir sparen bei allen Verwaltungsaufgaben, soweit dies möglich ist.

Aber wir wagen auch den Schritt in die Zukunft: Und wir haben dabei im Auge, dass unsere Stadt beständig wächst. Dies verlangt von uns Investitionen in notwendige Projekte wie Schulbauten, und Kindergärten, Wohnbauten und Sportanlagen. Diese werden wir ebenso weiterplanen und errichten, wie wir auch in die Zukunft unserer Stadt investieren wollen, wie wir mit der Verabschiedung des integrierten Handlungskonzeptes gezeigt haben. Wir werden auch weiterhin in unsere Infrastruktur, unsere Dörfer, unsere Feuerwehr, und unser städtisches Erscheinungsbild investieren. Bei allem werden wir, wie schon in der Vergangenheit, das nötige Augenmaß und eine angemessene Bescheidenheit an den Tag legen. Wie sich dies in dem Haushalt 2024 auswirkt, wird Ihnen nun unsere Kämmerin vortragen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.